

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Nachrichtendienste besser aufstellen

Der jüngst vereitelte Anschlag eines syrischen Terroristen führt uns – bei allen Diskussionen über das Handeln von Polizei und Justiz vor Ort – eines vor Augen: Ohne die exzellente Arbeit der Nachrichtendienste wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit ein schwerer terroristischer Anschlag in unserem Lande Realität geworden. Der aktuelle Fall zeigt, dass die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ausländischen Diensten ein Grundpfeiler für die innere Sicherheit in Deutschland ist, auf den wir nicht verzichten können.

Um Rechtssicherheit für die Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes zu schaffen, konkretisieren wir die Rechtsgrundlagen für die Fernmeldeaufklärung von Ausländern im Ausland. Gleichzeitig erweitern wir die Möglichkeiten zum Austausch mit ausländischen öffentlichen Stellen durch gemeinsame Dateien. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger müssen unsere Dienste auf dem bestmöglichen Kenntnisstand über aktuelle Gefährdungen sein.

Die Arbeit der Dienste muss im Verborgenen geschehen, um erfolgreich zu sein. Sie erfolgt nach Recht und Gesetz, kontrolliert durch den Deutschen Bundestag. Aus den Erkenntnissen der letzten Jahre heraus stärken wir die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste durch die Schaffung eines Ständigen Bevollmächtigten, der die Arbeit des Parlamentarischen Kontrollgremiums zukünftig unterstützen wird.

Bürgersprechstunde in Herzogenrath

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Mittwoch, dem 26. Oktober 2016 von 18:00 bis 19:00 Uhr im CDU-Fraktionszimmer des Rathauses der Stadt Herzogenrath (Rathausplatz 1, 1. Etage, Raum 104) statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Fragen und Anregungen an mich zu wenden. Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab im Wahlkreisbüro unter 02404/557830 anmelden.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!



Die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern stehen dieser Tage im besonderen Fokus des politischen Berlins.

In erster Lesung haben wir in dieser Woche im Plenum die Umsetzung der im Sommer zwischen Bund und Ländern gefassten Beschlüsse zur Beteiligung des Bundes an den Kosten der Integration beraten. Vorgesehen ist unter anderem, den Ländern in den Jahren 2016-2018 zusätzlich eine jährliche Integrationspauschale in Höhe von zwei Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Im gleichen Zeitraum soll der Bund die Kosten der Unterkunft für anerkannte Asyl- und Schutzberechtigte vollständig übernehmen.

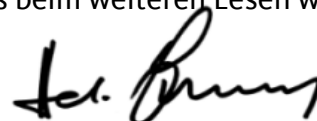
Außerdem haben sich Bund und Länder in der vergangenen Woche auf eine langfristige Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab dem Jahr 2020 verständigt. Hierauf gehe ich im Detail auf der zweiten Seite des Newsletters ein.

Die Botschaft ist klar: Der Bund kommt den Ländern erheblich entgegen und tut weitaus mehr, als er eigentlich müsste. Die wehleidigen Klagen mancher Landesregierungen entbehren jedweder Grundlage.

Die Kommunen sind verfassungsrechtlich Bestandteil der Länder. Wir müssen künftig noch besser aufpassen, dass Leistungen, die der Bund den Kommunen zur Verfügung stellt, nicht in den Länderhaushalten verschwinden. Insbesondere die Landesregierung in Düsseldorf hat sich hier schon mehrfach negativ hervor getan.

Statt mit seriöser Haushalts- und Finanzpolitik beschäftigen sich Teile von SPD und Grünen momentan offenbar sowieso lieber mit ihren linken Bündnisfantasien. Stichwort Rot-Rot-Grün. Dass auch der Vizekanzler in dieser Woche an einem solchen Treffen teilgenommen hat, ist schlechter Stil und sollte uns aufhorchen lassen.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Durchbruch bei den Bund-Länder-Finanzbeziehungen

In der vergangenen Woche ist es Bund und Ländern unter Beteiligung der Koalitionsfraktionen gelungen, sich nach über zweijährigen Verhandlungen auf eine sinnvolle Weiterentwicklung der föderalen Finanzbeziehungen zu verständigen. Frühzeitig haben wir finanzielle Planungssicherheit für die Jahre ab 2020 bis mindestens 2030 geschaffen. Jede Seite ist Kompromisse eingegangen und hat damit staatspolitische Verantwortung übernommen.

Der Ausgleich der Finanzkraft der Länder erfolgt zukünftig im Rahmen der Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer statt durch den bisherigen Finanzausgleich unter den Ländern. Die zusätzliche Beteiligung des Bundes im Jahr 2020 wird rund 9,5 Milliarden Euro betragen. Der Bund wird damit seiner gesamtstaatlichen Verantwortung gerecht. Alle Länder stellen sich besser. Die Länder werden in die Lage versetzt, auch ihrerseits die Schuldenbremse einzuhalten, so wie es das Grundgesetz ab 2020 vorgibt. Der Stabilitätsrat wird gestärkt und überwacht künftig auch die Einhaltung der Schuldenbremse auf Bundes- und Länderebene.

Auf besonderen Nachdruck unserer Fraktion verbessern wir die Kontrolle von Mischfinanzierungstatbeständen. Der Bundesrechnungshof erhält dazu zusätzliche Erhebungsrechte. So schaffen wir Transparenz über die zweckgerichtete Verwendung der Bundesmittel und verhindern, dass Bundesgeld unkontrolliert in allgemeinen Landeshaushalten verschwindet. Überdies helfen wir den finanzschwachen Kommunen unmittelbar, indem der Bund Mitfinanzierungskompetenzen im Bereich der gemeindlichen Bildungs-Infrastruktur erhält; die Verteilung der Bundesmittel orientiert sich am bisherigen Bundesprogramm.

Einen großen Fortschritt haben wir mit der Verständigung auf eine beim Bund angesiedelte Infrastrukturgesellschaft Verkehr erreicht. Das erleichtert kontinuierliche, aufeinander abgestimmte Investitionen in Autobahnen.

Für die öffentlichen Online-Anwendungen wird der Bund ein zentrales Bürgerportal einrichten, das auch die Länder einschließt. Bundesweit entsteht ein einfacher digitaler Zugang zur Verwaltung. In der Steuerverwaltung wird die Rolle des Bundes – wieder auf Initiative unserer Fraktion – etwa beim IT-Einsatz gestärkt. Der Bund erhält ein stärkeres allgemeines fachliches Weisungsrecht.

Die umfangreichen Vereinbarungen der letzten Woche gehen deutlich über reine Finanzflüsse hinaus und sind ein starker Ausdruck unserer föderalen Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit. Unsere Staatsfinanzen erhalten ein breiteres Fundament, die Zukunftsinvestitionen werden gestärkt. Es stehen nunmehr weitere Konkretisierungen an, die auch mehrere Grundgesetzänderungen mit sich bringen werden. Wir werden weiterhin darauf achten, dass dabei die Interessen des Bundes gewahrt werden.

Mehr Bildungschancen für benachteiligte Kinder und Jugendliche schaffen – Programm wird fortgesetzt

Das 2012 durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung ins Leben gerufene und mit 230 Millionen Euro ausgestattete Programm „Kultur macht Stark. Bündnisse für Bildung“ fokussiert die Bedeutung der kulturellen Bildung für die individuelle Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Es soll zu mehr Bildungschancen für junge Menschen aus einem bildungsfernen Umfeld beitragen. Wir setzen uns dafür ein, die administrative Handhabung für die lokalen Bündnisse zu erleichtern, die hohe Einsatzbereitschaft der Ehrenamtlichen nicht zu überstrapazieren und Impulse für eine noch bessere Beteiligung im ländlichen Raum zu setzen.

Impressum:
Ausgabe Nr.: 16/16
21. Oktober 2016

Helmut Brandt MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:
Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de
facebook.com/mdb.helmut.brandt